

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion FDP (Dolores Dana/Christoph Zimmerli) vom 12. Februar 2009: Neues Hallenbad - dank breiter finanzieller Trägerschaft? (09.000042)

In der Stadtratssitzung vom 7. Mai 2009 wurde das folgende Dringliche Postulat Fraktion FDP erheblich erklärt:

Es ist eine Tatsache, dass die Hallenbäder in der Stadt rege benutzt werden und die Nachfrage das Angebot bei weitem übersteigt.

In Zukunft wird sich diese Situation noch zuspitzen, da die Hallenbäder der Stadt Bern in die Jahre gekommen sind und entweder abgerissen oder aufwendig saniert werden müssen. Was eine solche Sanierung bedeutet, kann man am Hallenbad Weyermannshaus sehen. Das Hallenbad Hirschengraben wird noch schwieriger zu sanieren sein und unter Umständen muss es geschlossen werden. Dieser Entscheid steht noch aus. Es zeichnet sich somit ab, dass die verfügbare Schwimmfläche mittelfristig jedenfalls nicht zunehmen, sondern aufgrund der diversen Sanierungen und der grösseren Anzahl Nutzer abnehmen wird. Andererseits ist das Schwimmen in der Volksschule obligatorisch erklärt worden, was wir sehr befürworten. Zudem ist Schwimmen seit Jahrzehnten die Nummer drei der beliebtesten Sportarten in der Schweiz: Mehr als ein Viertel der Schweizer Bevölkerung geht regelmässig Schwimmen. Nebst Schwimmen machen immer mehr Menschen Wasser-Gymnastik und in der Rehabilitation spielt Wassertherapie eine immer grössere Rolle. Man darf davon ausgehen, dass sich dieser Trend weiter verstärken wird. Die Nachfrage nach Trainingsmöglichkeiten für Schwimmunterricht, Fitness etc. ist somit gross. Für Leistungssport, Ausbildungsinstitutionen, Fitness- und Gesundheitsdienstleister, sowie ambitionierte Amateursportler ist ein verlässliches, weil planbares Training aufgrund der knappen und nicht vorhersehbaren Platzverhältnisse heute nicht möglich.

Es ist allerdings auch eine Tatsache, dass die Stadt Bern sich den Bau eines Hallenbades im Moment nicht leisten kann, da andere Investitionen anstehen, denen Priorität eingeräumt wird. Bekanntlich soll man aus der Not eine Tugend machen, und es wäre sinnvoll, wenn eine andere Finanzierung gesucht würde. Der Fraktion FDP Stadt Bern schwebt diesbezüglich eine private Trägerschaft vor, bei der Stadt, Kanton, angrenzende Gemeinden sowie Private Wasserflächen langfristig mieten. Anstelle der Stadt Bern als alleinige Eigentümerin sollen alternative Trägerchaftsmodelle aufgezeigt werden. Möglich wäre z.B. ein Betreibermodell, welches vorsieht, dass ein privater Unternehmer ein Infrastrukturprojekt weitestgehend im eigenen Risiko plant, errichtet, finanziert und betreibt. Die Stadt, der Kanton (Universität ist sicher an Trainingsmöglichkeiten Interessiert), die Umlandgemeinden und die Sportvereine würden sich dabei verbindlich verpflichten, Wasserflächen langfristig zu mieten.

Aufgrund dieser Ausführungen bitten wir den Gemeinderat, folgendes zu prüfen:

1. Bau eines neuen Hallenbades mit einer breiten Trägerschaft?
2. Anlagenkonzept mit Aufgabenteilung Stadt-Private?
3. Bau eines neuen Hallenbades mit der öffentlichen Hand als Dauermieter?
4. Mögliche Standorte für ein neues Hallenbad?

Begründung der Dringlichkeit:

Der Gemeinderat erarbeitet ein Anlagenkonzept über die Eis- und Wassersportanlagen. Dieses soll offenbar bis Ende April 2009 vorliegen. Die Frage der Trägerschaft eines neuen Hallenbads muss im Rahmen dieses Konzepts bearbeitet werden.

Bern, 12. Februar 2009

Dringliches Postulat Fraktion FDP (Dolores Dana/Christoph Zimmerli, FDP), Mario Imhof, Jan Flückiger, Jaqueline Gafner Wasem, Pascal Rub, Hanspeter Aeberhard, Philippe Müller

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht

Bericht des Gemeinderats

Wie der Gemeinderat bereits in seiner Postulatsantwort vom 22. April 2009 festgehalten hat, begrüsst er die Stossrichtung des Postulats. Die in der Stadt Bern herrschende Knappheit an Hallenbädern ist bekannt und unbestritten. Schon deshalb ist es für den Gemeinderat nicht nur sinnvoll, sondern unabdingbar, dass alle Optionen zur Behebung des Wassermankos geprüft werden. Dazu zählt insbesondere auch eine mögliche (Teil-)Finanzierung eines Hallenbads durch Dritte.

Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 1. April 2009 die Direktion für Bildung, Soziales und Sport mit der Erarbeitung eines Sport- und Bewegungskonzepts für die Stadt Bern beauftragt. Wichtiger Bestandteil dieses Konzepts soll ein Anlagekonzept für den Bereich Eis und Wasser sein.

Basis für das Sport- und Bewegungskonzept sind die Strategie 2020 und die Legislaturrichtlinien 2009 - 2012 des Gemeinderats. Darin hält der Gemeinderat insbesondere fest, dass bis Ende der Legislatur 2012 ein definiertes Projekt einer 50m-Schwimmhalle als Ersatz für das Hallenbad Hirschengraben vorliegen soll. Wenn möglich soll die Schwimmhalle im Rahmen einer Public Privat Partnership (PPP) realisiert werden.

Nach Durchführung und Auswertung einer Konsultation hat der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 10. März 2010 den Strategieteil des Sport- und Bewegungskonzepts verabschiedet. Auch darin ist der Bedarf einer 50m-Schwimmhalle enthalten. Der Gemeinderat hat die Direktion für Bildung, Soziales und Sport beauftragt, ihm bis Ende Juni 2010 Massnahmen inklusive Finanzierungsmöglichkeiten bezüglich Sportanlagen sowie Sport- und Bewegungsförderung vorzuschlagen.

Zu den einzelnen Punkten:

Zu Punkt 1:

Das Sportamt führt zusammen mit der Liegenschaftsverwaltung und den Stadtbauten Bern Gespräche mit privaten Interessenten. Weiter steht das Sportamt in Kontakt mit dem Bundesamt für Sport betreffend NASAK 4.

Zu Punkt 2:

Eine solche Aufteilung ist vorgesehen. Ein Betriebskonzept wird zusammen mit einer privaten Organisation erarbeitet.

Zu Punkt 3:

Wenn es gelingt ein PPP Modell zu realisieren, was das Ziel ist, wäre dies eine mögliche Folge.

Zu Punkt 4:

Im Vordergrund stehen derzeit unter anderem Standorte im Bereich Wankdorf City und im ESP Ausserholligen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die personellen und finanziellen Folgen lassen sich derzeit noch nicht seriös und fundiert beziffern. Sie hängen primär vom Zustandekommen und von der Ausgestaltung der PPP ab.

Bern, 5. Mai 2010

Der Gemeinderat